

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 496

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1248

Mehrkosten für Patienten/Klienten wegen neuer Ausbildungsstruktur in Pflegeberufen

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Ab dem 1. Januar 2020 gibt es die neue bundesgesetzliche Regelung durch das Pflegeberufegesetz (PflBG). Dieses Gesetz regelt die gesetzlichen Bestimmungen zur neuen generalisierten Ausbildung zur/zum Pflegefachfrau/-mann. Mehrere früher nebeneinander existierende Ausbildungsformen und Berufsbezeichnungen sind nun vereinheitlicht worden. Für die Auszubildenden wurde auch die Höhe der Ausbildungsvergütungen neu geregelt, was diese Ausbildungsform hoffentlich für viele junge Leute und Quereinsteiger interessant machen wird. Die Finanzierung dieser der Ausbildung unterliegt neuen Regelungen. Die Ausbildung zur Pflegefachkraft wird solidarisch durch eine Ausbildungsumlage finanziert. Die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, die die neue Ausbildung umsetzen, erhalten aus dem Ausgleichfonds des Landes Brandenburg nach dem Pflegeberufegesetz entsprechende finanzielle Mittel. In diesen Ausgleichfonds zahlen alle ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie Krankenhäuser, die soziale und private Pflegeversicherung sowie das Land Brandenburg ein. Dieser Ausgleichfonds wurde im Land Brandenburg beim Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) als zuständige Stelle eingerichtet. Das LASV hat für jede Pflegeeinrichtung per Bescheid einen festen Finanzierungsanteil (Umlagebetrag) festgelegt. Ob die Pflegeeinrichtung zurzeit ausbildet und im vollstationären Bereich bereits die Ausbildungsumlage für die Altenpflegeausbildung den Bewohnern in Rechnung gestellt wird, ist hierbei unerheblich. Die Refinanzierung des Umlagebetrags zum Ausgleichfond ist für ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen über die Vergütung der allgemeinen Pflegeleistungen möglich. Das impliziert, dass sich der Eigenanteil im stationären Bereich bzw. die Pflegeleistungen im ambulanten Bereich erhöhen.

Frage 1: Ist es zulässig, dass die Pflegeeinrichtungen diesen Umlagebetrag auf ihre Bewohner/Klienten umlegen?

Zu Frage 1: Ja.

Frage 2: Wenn 1. mit Ja beantwortet wird, auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgt die Umlage?

Zu Frage 2: Nach § 28 Abs. 2 2. Halbsatz des Pflegeberufgesetzes (PflBG) sind für ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen die auf sie entfallenden Umlagebeträge in der Vergütung der allgemeinen Pflegeleistungen (§ 84 Absatz 1, § 89 des Elften Buches Sozialgesetzbuch - SGB XI) berücksichtigungsfähig.

Frage 3: Wenn 1. mit Ja beantwortet wird: wie wird dies fachlich begründet?

Zu Frage 3: Für die Ausbildung neuer Pflegekräfte übernimmt das Land die Schulkosten. Die Pflegeeinrichtung muss den Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung zahlen, deren Kosten über ihre Einnahmen zu decken sind. Das ist jedoch keine Besonderheit in der Pflege. In der gesamten dualen Ausbildung ist es üblich, dass ein Ausbildungsbetrieb Ausbildungskosten hat und diese über die Preise für seine Produkte oder seine Dienstleistungen refinanziert. Der Unterschied besteht darin, dass bei diesen die Preiskalkulationen und damit auch die Ausbildungskosten in der Regel nicht transparent offengelegt werden müssen und man damit nicht erfährt, dass in den zu zahlenden Preisen auch anteilige Ausbildungskosten enthalten sind. Die vor dem Pflegeberufgesetz bestehende Regelung zur Finanzierung der Altenpflegeausbildung nach § 82a SGB XI ermöglichte den ausbildenden Unternehmen eine Refinanzierung der zu zahlenden Ausbildungsvergütungen durch die Erhebung von Ausbildungszuschlägen. Das wurde von den ausbildenden Unternehmen gegenüber den nicht ausbildenden Unternehmen als Wettbewerbsnachteil empfunden und führte dazu, dass einige Unternehmen darauf verzichteten, für die eigene Fachkräftesicherung Altenpflegerinnen und Altenpfleger auszubilden. Im Pflegeberufgesetz werden durch das neue Umlageverfahren ausbildende und nicht-ausbildende Unternehmen gleichermaßen an den Ausbildungskosten beteiligt. Damit wurde die Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen den Unternehmen sichergestellt und die Ausbildung insgesamt gestärkt. Ziel ist es, dass die in der Pflege Tätigen gut und qualifiziert ausgebildet werden und damit ihren Beruf engagiert und lange ausüben können.

Frage 4: Erhöht sich durch die Ausbildung von Pflegekräften für den Bewohner/Klienten die Betreuungsqualität und erfährt er eine Erhöhung der ihm vermittelten Leistung.

Zu Frage 4: Durch den demografischen Wandel und die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen wird der Bedarf an professionellen Pflegekräften weiter zunehmen. Die mit dem Pflegeberufereformgesetz (als Mantelgesetz, in dem das Pflegeberufgesetz als Artikel 1 enthalten ist) modernisierte und auf die künftigen Herausforderungen in der Pflege neu ausgerichtete Pflegeausbildung leistet einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Fachkräftegewinnung und -sicherung in der Pflege. Der damit verbundene Ausbau und die Steigerung und Sicherstellung eines qualitativen und quantitativen pflegerischen Versorgungsangebotes kommt den auf diese Leistungen angewiesenen Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen direkt zu Gute.